

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 23 (1967)
Heft: 1

Artikel: Der Kanton Zürich hat eine schweizerische Chance verpasst
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-845953>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Kanton Zürich hat eine schweizerische Chance verpaßt

Das Ergebnis der Zürcher Abstimmung wirkt sich hemmend auf jene Kantone aus, die Vorlagen über die Einführung des Frauenstimmrechts pendent haben. Das ist sehr bedauerlich, weil nur 7202 Ja-Stimmen zur Annahme fehlten. Warum reichte es diesmal noch nicht zum Durchbruch? In einer Demokratie mahlen die Mühlen sehr langsam... Und es bedarf eines grossen Einsatzes, um neues Ideengut bei der breiten Masse anzubringen. In dieser notwendigen Aufklärungsaktion hat vor allem das Schweizer Fernsehen versagt. Eine einzige Sendung fand vor der Zürcher Abstimmung zu später Abendstunde statt; sie war nicht als Frauenstimmrechtssendung deklariert worden, und der Fernsehzuschauer erfuhr erst bei Beginn der Diskussion, dass jugendliche Menschen Fragen zum Frauenstimmrecht stellen durften, die von einem Befürworter und einem Gegner beantwortet wurden.

Alle Landbezirke verwarfen die Vorlage. Die BGB-Partei hatte als einzige politische Partei die Nein-Parole herausgegeben. Auf dem Lande können sich *Vorurteile* bekanntlich viel länger halten. Zudem mag die unbegründete Furcht vor der *Konsumentin als Stimmbürgerin* mitgespielt haben. Bauern finden nicht immer Zeit zum Zeitungslesen. Der Fernsehapparat hat jedoch schon in vielen bäuerlichen Stuben Eingang gefunden.

Warum haben gewisse *Teile der Arbeiterschaft* versagt? Dazu schrieb der Pressedienst des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes:

„Die verwerfenden Mehrheiten in den Zürcher Stadtkreisen 4 und 5 sowie in der Stadt Winterthur sprechen hier eine deutliche Sprache. In verschiedenen Pressekommentaren hat man für diese Nein-Stimmen aus durchsichtigen Motiven vor allem die politisch aktive Arbeiterschaft verantwortlich gemacht. In Wirklichkeit dürften es eher jene politisch — und wie wir beifügen wollen — gewerkschaftlich gleichgültigen und inaktiven Teile der Arbeiterschaft gewesen sein, die hier in Erscheinung traten. Die ungewöhnlich grosse Stimmbeteiligung (73 Prozent) weist darauf hin, dass sich Stimmberechtigte zur Urne bemühten, die bei andern Abstimmungen zu Hause bleiben... Die Furcht, das männliche Vorrecht der Stimmberechtigung zu verlieren, trieb diese *politischen Analphabeten* aus ihren Schlupfwinkeln. Es galt für sie, ein Alleinrecht zur politischen Mitbestimmung zu retten, für dessen Betätigung sie in der Regel keinen Finger rühren.“ Der *Wahrheit zuliebe* muss hier etwas ganz deutlich festgehalten werden: Die *organisierten Gegner* kamen *nicht von links*, auch nicht die finanziellen Mittel, die für eine demagogische Propaganda eingesetzt wurden. Sie kamen mehrheitlich von *rechts — bis sehr rechts*, und unter den Damen, die sich im „Bund der Gegnerinnen gegen das Frauenstimmrecht“ zusammengeschlossen haben, dürften die wenigsten je einmal Hunger aus Mangel an Geld gelitten haben.